

Culturas Híbridas - Kulturgeschichte Lateinamerikas
(VO 725 472)

Univ.Prof. Dr. Gerhard Drekonja

Geistes- und Kulturwissenschaftliche Fakultät
Institut für Geschichte
Universität Wien

WS 2003

Thema der Arbeit:

Essay G. Drekonja: „Lateinamerika ist noch nicht verloren“

Harald Schrefler
Matrikelnummer 59 52600

Studiencodes A 057 / 151
Zuordnung zu A 057

Wien, 7.1.2004



Inhaltsverzeichnis

- 1 Einleitung**
- 2 Die letzten Jahrzehnte**
 - 21 Die 80-er Jahre (des vorigen Jahrhunderts)**
 - 22 Segunda Conquista**
- 3 Pais formal und Pais real**
 - 31 Argentinien**
 - 32 Venezuela**
 - 33 Brasilien**
 - 34 Der „informelle Sektor“**
 - 35 Volkskapitalismus versus rimesas**
- 4 Internationale Vernetzung**
- 5 Resümee**
- 6 Anhang**
 - 61 Mercosur**
 - 62 Der Washingtoner Consensus**
 - 63 Good governance**
 - 64 Lateinamerika: Übersicht der Jahresdaten 1980 - 2002**

Literaturverzeichnis

1 Einleitung

„Lateinamerikas Wirtschaftsdaten, daran ist nicht zu rütteln, sind mager. Trotzdem kann man sie optimistisch interpretieren.“¹

Nehmen wir also einige wenige Zahlen (Lateinamerika summiert) als Vergleich zum Einstieg:²

	BIP in Mrd. US\$	Inflation ³
1980	820	72,7
1989	915	1.620,1
1990	1.011	1.136,4
2000	1.912	8,3
2002	1.605	11,2

Diese wenigen Zahlen der letzten 20 Jahre sprechen für sich.

Aber wie wird die Zukunft ?

2 Die letzten Jahrzehnte

2.1 Die 80er Jahre (des vorigen Jhdt.)

Und so meint Drekonja - im Gegensatz z.B. zur Interamerikanischen Entwicklungsbank - „Lateinamerika hat nicht nur die 80er Dekade (infolge der Schuldenkrise) verloren, auch die 90er Dekade muss so eingestuft werden.“⁴ Nach einem anfänglichen Wirtschaftswachstum „torkelt“ der Subkontinent dahin, 2002 schloss mit einem Minus des Bruttoinlandsproduktes.

Die im Washington Consensus (siehe Anhang) vereinbarten neoliberalen Reformen begannen zu greifen:

- die hohen Inflationsraten sanken drastisch,
- Budgets kamen ins Gleichgewicht,
- die Modernisierung der Infrastruktur bis zu Computerisierung gelang,
- die globalisierte Produktion war erfolgreich.

¹ Drekonja. 2003. 1218.

² Dresdner Bank. 2003

³ Veränderungsrate gegenüber Vorjahr in %.

⁴ Drekonja. 2003. 1218.

Chile, Brasilien, Costa Rica und Mexiko führte die positive Entwicklung an. Gleichzeitig gelang der „retorno democratico“. Militärputsche wurden immer unwahrscheinlicher, revolutionärer Nationalismus war nicht mehr gefragt. Liberalisierungen setzten ein, Zollmauern und Devisenkontrollen wurden sistiert und Staatsfirmen privatisiert.

2.2 Segunda Conquista

Dies alles führte aber dazu, dass die Länder bzw. deren Ressourcen zum „Spielfeld des internationalen Finanzkapitals“⁵ wurden. Die USA, Westeuropa aber auch Asien konnten eher billig die Kontrolle über die lateinamerikanischen Ressourcen erlangen. „Das Wort von der Segunda Conquista, der zweiten Eroberung Lateinamerikas machte die Runde. [...] Selbst besonnene Beobachter erwarteten eine konsolidierte Phase, welche Wirtschaftswachstum und soziale Gerechtigkeit im Rahmen blühender Demokratien hervorbringen würde. Irgendwas ging fürchterlich schief, denn ein Blick auf Lateinamerika zeigt heute vor allem Trümmer.“⁶

3 Pais formal und Pais real

Und schief ging es auf der formalen Ebene und auch im Alltag des kleinen Mannes. Die Schuldenkrise ist zurückgekehrt. War 1982 die Auslandsverschuldung ca. 280 Mrd. US-\$, so sind es nunmehr 750 Mrd. US-\$.⁷ Eine neue Generation von Reformpolitikern, die den Sanierungsbedarf sehen, meinen (oder werden gezwungen zu meinen ?), dass dies nur im Konsens mit Washington und der internationalen Finanzwelt möglich sein wird.

3.1 Argentinien

Argentinien ist im Chaos. Die Aufgabe der Dollarbindung war fast letal. „Que se vayan todos !“ skandierte das Volk auf den Straßen - ‚weg mit diesen Politiker-Gesindel‘⁸. Korruption, Wirtschaften in die eigene Tasche, Millionen auf Auslandskonten und tiefe Verbeugung vor dem ausländischen Finanzkapital kennzeichnete die politische

⁵ Drekonja. 2003. 1219.

⁶ Drekonja. 2003. 1220.

⁷ Vgl. Drekonja. 2003. 1220.

⁸ Vgl. Drekonja, 2003. 1221.

Führungsklasse. Und jetzt soll Nestor Kirchner die Jahrzehnte alten Sünden seiner Partei in den Griff kriegen.

3.2 Venezuela

Venezuela hat laufend eine Staatskrise und Kolumbien verblutet im Bürgerkrieg. Venezuelas Militär-Präsident Hugo Chavez putschte 1992 ergebnislos gegen Carlos Andreas Perez („er dürfte heute einer der reichsten Männer Lateinamerikas sein.“).⁹ 1998 zum Präsidenten gewählt rief er zur antiimperialistischen und antioligarchischen Revolution auf. Sehr zum Ärgernis der USA, die um die Kontrolle des Erdöls bangte, aber auch der eigenen Bourgeoisie.

Und dieses Bürgertum bekämpft ihn vehement, insbesondere mit der bürgerlichen Presse und (seinem) Fernsehen.

Chavez reagierte mit Zensur und erhielt prompt die Bezeichnung „Meuchelmörder der Pressefreiheit.“

Auf Grund seiner antiimperialistischen Rhetorik rückten ihn die USA bereits in die Nähe der „Schurkenstaaten.“

Die positiven Gesetzentwürfe - für die Bauern, Frauen, Indianer, ärmere Bevölkerungsschichten - aber gehen unter.

3.3 Brasilien

Präsident ‚Lulas‘ (Luiz Inacio Lula da Silva) „Kein Hunger Programm“ sollte eine Alternative zu den Geboten des Washington Consensus werden.

Eine wesentliche Abweichung von den orthodoxen Auffassungen des Internationalen Währungsfonds ist es aber kaum.

3.4 Der „informelle“ Sektor

„Weite Bevölkerungsteile Lateinamerika bewegen sich im „informellen Sektor. Metapher für ein unbekanntes Dasein am Rand der Gesellschaft , wo das tägliche Überleben die eigentliche Herausforderung darstellt.“¹⁰

Von den über 500 Mio. Menschen Lateinamerikas fallen 300 Mio. darunter.

Warum bricht daher Lateinamerika nicht wie ein Kartenhaus zusammen ?

⁹ Drekonja. 2003. 1221

¹⁰ Drekonja. 2003. 1223.

Es sind die Menschen mit ihren positiven Eigenschaften wie Zähigkeit, Flexibilität, ironisch und witzig, fast spielerisch.

Und in jedem Land sind es andere Basisbewegungen der „kleinen Leute“, die den Nationalstaat von unten her aufbrechen.

Porto Alegre ist inzwischen zum Pendant von Davos (Treffen der Politmanager und der Industrie) geworden, zum Treffen dieser Basisbewegungen, Zehntausende aus der ganzen Welt.

3.5 Volkskapitalismus versus rimesas ¹¹

Laut Drekonja sind es die rimesas, die Überweisungen der ausgewanderten Familienmitglieder, die Lateinamerika weiterfunktionieren lassen. Ohne diese „Rimessen“ würde der „informelle Sektor“ nicht überleben.

So wurde der Geldfluss im Jahr 2002 mit 32 Mrd. US-\$ angenommen, wahrscheinlich ist er noch viel höher.

Die neoliberale Orthodoxie meint jedoch, der Volkskapitalismus („Otro Sendero“ des Hernando de Soto) wäre die Zauberformel der Gesundung. Gemeint ist, den informellen Sektor zu legalisieren und in die formale Nationalökonomie hereinzuholen.

Jedoch zu meinen, allein dadurch würden lauter Mini-Kapitalisten („Mikro-Unternehmen“) entstehen, ist für Lateinamerika nicht anzunehmen. Das Misstrauen gegen den Staat sitzt zu tief.

4 Internationale Vernetzung

Lateinamerika ist natürlich keine Insel, es ist international stark vernetzt.

Die USA und die EU kämpfen um diesen Subkontinent.

Bis 1990 (Zerfall der Sowjetunion) war Lateinamerika von hohem strategischem Wert (oder hoher Gefahr) für die USA, weil einem 2. Kuba (=Kommunismus) vorzubeugen war.

Handelspolitische Interessen wurden ab dann im Rahmen der NAFTA (Nordamerikanische Freihandelszone: USA, Kanada, Mexiko) und der ALCA (Asociacion de Libre Comercio de las Americanas - gesamtamerikanische Freihandelszone, Verwirklichung bis 2005 geplant) stark gepflegt.

¹¹ Vgl. Drekonja. 2003. 1225.

„Dass dieser Raum umfassend dollarisiert und mit den Werten des American way of life ausgefüllt sein soll, versteht sich von selbst.“¹²

Die EU hatte immer schon handelspolitische und entwicklungspolitische, aber nie Staatsmacht-Interessen. So wurde 1999 in Rio de Janeiro eine ‚strategische Partnerschaft‘ von 48 europäischen und lateinamerikanisch-karibischen Staatschefs begründet.

Die ‚European Values‘ enthalten Grundsätze zu

- Liberalisierung und Freihandel,
- Konsolidierung der Demokratie,
- der good governance,
- den Menschenrechten,
- der Umwelt und
- Wissenschaft und Kultur.

1991 wurde MERCOSUR (Mercado Comun del Cono Sur - siehe Anhang) von Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay gegründet. 1996 wurde Chile und 1997 Bolivien assoziiert. Über 230 Mio. Menschen (über 45 % der Bewohner Lateinamerikas) wollen damit eine Freihandelszone, Zollunion und einen gemeinsamen Markt - ähnlich der EU - schaffen.

Zwischen der EU und der MERCOSUR wird an einem großen gemeinsamen Abkommen verhandelt. Das könnte daher zu einer starken Hinwendung des südlichen Lateinamerikas zu Europa als wichtigsten Handels- und Investitionspartner führen.

5 Resümee

Kommt es daher zur Teilung Lateinamerikas in eine

- nördliche Hälfte (Mexiko bis Venezuela, the Caribbean Basin) und eine
- südliche Hälfte (die MERCOSUR-Staaten) ?

- spricht Drekonja in seinem Artikel eine interessante Zukunft an.

Wobei er der EU-Lösung viel abgewinnen kann.

Denn eine Zusammenarbeit von der Handelspolitik über Wissenschaft bis zur Umwelt brächte dem formellen und dem informellen Sektor (also den Millionen an der Armutsgrenze oder knapp darüber lebenden Menschen) viel.

¹² Drekonja. 2003. 1227.

Hält daher seine These: → „Lateinamerika ist noch nicht verloren!“
Vermutlich nur dann, wenn die EU aus ihrer derzeitigen Handlungsunfähigkeit oder Schwerfälligkeit (wie z.B. Konvent, Osterweiterung, Finanzierung, Steuerharmonisierung, Außenpolitik) herausfindet und Lateinamerika wirklich als Partner tatkräftig anerkennt.

6 Anhang

6.1 MERCOSUR - Mercado Comun del Cono Sur ¹³

6.1.1 Ursprung des Mercosur

Die Gründung des MERCOSUR (Mercado Común del Cono Sur) ist als eine Reaktion Südamerikas auf die neuen Herausforderungen der Weltwirtschaft zu sehen und ist in seiner Konzeption deutlich vom Vorbild der Europäischen Gemeinschaft inspiriert.

Bereits in den 50er Jahren wurden im lateinamerikanischen Raum mehrere Versuche wirtschaftlicher Integration unternommen, welche aber aufgrund wiederholter schwerwiegender makroökonomischer Störungen und Divergenzen in der politischen Entwicklung der Region ohne Erfolg blieben.

Erst die im Laufe der 80er Jahre in vielen lateinamerikanischen Staaten vorgenommenen finanzpolitischen Kurswechsel und die schrittweise vollzogene Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie schufen die Voraussetzungen für neue Projekte regionaler wirtschaftlicher Integration.

6.1.2 Der Vertrag von Asunción

Am 26.03.1991 unterzeichneten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay den Vertrag von Asunción. Sie legten damit den Grundstein für die Verwirklichung der weitreichenden Ziele des Mercosur: Die Schaffung einer Freihandelszone, einer Zollunion und in der Zukunft auch eines gemeinsamen Marktes.

Auf wirtschaftspolitischer Ebene sollte der Vertrag folgende Ziele verwirklichen:

- Freier Verkehr von Gütern, Dienstleistungen und Produktionsfaktoren zwischen den 4 Mitgliedstaaten. Dieses Ziel soll unter anderem durch die Beseitigung aller Zölle und sonstiger Beschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung erreicht werden
- ein gemeinsamer Außenzoll und eine gemeinsame Handelspolitik gegenüber Drittstaaten
- Koordinierung der makroökonomischen und sektoralen Politiken zwischen den Mitgliedsländern (Außenwirtschafts-, Zoll-, Agrar-, Steuer-, Währungs-, Verkehrs-, und Industriepolitik)
- die Rechtsharmonisierung, vor allem im Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes

1996 wurde Chile als assoziiertes Mitglied, und 1997 Bolivien mit dem selben Status in den Mercosur aufgenommen. Mit beiden Staaten wurden Programme zur Handelsliberalisierung vereinbart, welche durch den progressiven Abbau von Zollschränken und nichttarifären Handelshemmnissen nach Ablauf von 10 Jahren in die Verwirklichung einer Freihandelszone münden sollen.

¹³ www.mercosur.info-com/al/geschichte

Mit Chile und Bolivien beträgt die geographische Ausdehnung des Mercosur 14,47 Mio. qkm und stellt mit über 230 Mio. Einwohnern mehr als 45% der Bevölkerung Lateinamerikas dar.

6.1.3 Die Etappen der Integration

Der Vertrag von Asunción legte eine Übergangsphase für die Vorbereitung der Freihandelszone fest, welche bis zum 31.12.1994 verwirklicht werden sollte. Hierzu wurde ein sogenanntes Handelserleichterungsprogramm (Programa de Liberación Comercial) beschlossen, das eine schrittweise, lineare und automatische Reduzierung der Zölle und nicht-tarifären Handelshemmnisse vorsah. Die ersten Zollsenkungen im Rahmen dieses Programmes erfolgten zum 30. Juni 1991. Die vollständige Eliminierung der internen Handelshemmnisse sollten im Falle von Brasilien und Argentinien bis zum 31.12.1994, im Falle von Paraguay und Uruguay bis zum 31.12. 1995 vollzogen sein. Mit diesem Konzept der zwei Geschwindigkeiten wurde der unterschiedlichen Ausgangslage der beteiligten Volkswirtschaften Rechnung getragen.

Gleichzeitig bestand jedoch für jeden Staat eine sogenannte Ausnahmeliste für "sensible" Erzeugnisse, die von der Automatik des Zollabbaus ausgenommen waren und für die ein gesondertes zeitlich gestrecktes Liberalisierungsverfahren galt. Heute besteht eine solche Ausnahmereglung nur noch für Paraguay (bis 2006).

6.1.4 Die Freihandelszone

Am 1.1.1995 war, in Übereinstimmung mit dem Vertrag von Asunción, die Vorgabe des zollfreien Verkehrs von Gütern innerhalb des Mercosur zu einem Großteil realisiert. Die Schaffung der Freihandelszone konnte damals trotz der bestehenden, sukzessive abzubauenen Ausnahmeregelungen als vollendet betrachtet werden. Heute können bis auf die Sektoren Zucker und Automobil können alle Waren im Mercosur zollfrei gehandelt werden.

6.1.5 Die Zollunion

Mit den Beschlüssen von Buenos Aires (August 1994) und Ouro Preto (Dezember 1994) wurde der normative Rahmen, der die zukünftige Verwirklichung des Mercosur in seiner handelspolitischen Dimension regeln sollte, weitestgehend vervollständigt. Die Mitgliedstaaten bilden seit dem 1.1.1995 offiziell eine Zollunion. In bezug auf diese Union wurde eine Serie von Maßnahmen mit dem Ziel beschlossen, die Handelspolitik des Mercosur gegenüber Drittstaaten zu harmonisieren. Die Basis der Union ist der durch den Rat von Buenos Aires festgelegte gemeinsame Außenzoll (Arancel Externa Común-AEC). (Siehe auch "Zölle")

© 2000-2003 [Zentralstelle für Mercosur-Angelegenheiten](#)

6.2 Der Washington Consensus ¹⁴

Der Begriff "Washington Consensus" wurde von dem Ökonom John Williamson im Jahr 1989 geprägt: unter diesem Titel fasste er zusammen, was er als einen aktuellen Konsens zwischen Politik und Technokraten (dem Kongress der Vereinigten Staaten und den Fachleuten in IMF und Weltbank sowie den wichtigen Think Tanks) empfand.

¹⁴ www.weltpolitik.net/sachgebiete/wirtschaft

Zehn Politikempfehlungen bildeten seiner Meinung nach das konsensfähige Erfolgsrezept für die Reform von angeschlagenen Volkswirtschaften (Williamson 1999: 2f.):

- fiskalische Disziplin
- Umleitung öffentlicher Ausgaben in Felder, die sowohl wirtschaftliches Wachstum als auch eine gleichmäßigere Einkommensverteilung versprechen
- Steuerreform (niedrigere marginale Steuersätze, breitere Steuerbasis)
- Liberalisierung des Finanzmarktes
- Schaffung eines stabilen, wettbewerbsfähigen Wechselkurses
- Handelsliberalisierung
- Beseitigung von Marktzutrittschranken / Liberalisierung ausländischer Direktinvestitionen (Gleichbehandlung ausländischer und inländischer Firmen)
- Privatisierung
- Deregulierung (Abschaffung von Markteintritts- und Austrittsbarrieren)
- Gesicherte Eigentumsrechte.

Williamsons Begriffsschöpfung entwickelte sich zu einem Schlagwort, das seit über zehn Jahren den Diskurs über die Richtigkeit von volkswirtschaftlichen Reformen bestimmt. Interessant ist, dass die Popularität des Begriffs nicht durch einen tatsächlich vorhandenen Konsens entstanden ist, sondern vielmehr zentralen Bedürfnissen des weltpolitischen Klimas der Zeit entsprach. Die Politikempfehlungen des Washington Consensus halfen dabei, eine zunehmend verwirrende Realität zu strukturieren und in ihr Politik zu machen. Nachdem durch den Zusammenbruch der Sowjetunion eine alternative Ideologie gescheitert war, bedurften die neuen marktorientierten Regierungen eines klaren Handlungsplans (Naim 1999: 4). IWF und Weltbank schließlich trugen maßgeblich zum Erfolg des *Washington Consensus* bei, indem sie ihre Entscheidung über eine Kreditvergabe an hilfsbedürftige Staaten von den genannten Reformschritten abhängig machten.

Williamson selbst schreibt zehn Jahre nach der Schaffung seines Begriffs, dass er die Entwicklung des Washington Consensus als semantisches Dilemma empfinde. Während er selbst nur daran interessiert gewesen sei, einen Konsens von Theorie und Politik zusammenzufassen, den er Anfang der neunziger Jahre in Washington herauszuhören vermeinte, habe er ein Schlagwort geschaffen, dessen Konnotation die ökonomische Debatte maßgeblich und möglicherweise negativ beeinflusse. "The term Washington Consensus has come to be used to describe an extreme and dogmatic commitment to the belief that markets can handle everything." (Williamson 1999: 2).

Der Washington Consensus repräsentiert in diesem Sinne neoliberales Gedankengut, und die heutige Debatte um die Richtigkeit der Politik von Weltbank und IWF wird maßgeblich durch die Suche nach einer alternativen Ideologie bestimmt.

Die neunziger Jahre waren geprägt von Modewellen innerhalb der ökonomischen Theorie, die bald die eine bald die andere Politikempfehlung verwarfen und wieder hervorholten. Die einfachen neoliberalen Regeln des *Washington Consensus* mussten sich in einer Welt bewähren, die geprägt war von neuen Phänomenen und Vokabeln: *Tequila Effect*, Mafiakapitalismus, *Currency Boards*, *Crawling Pegs*, Sparquoten,

Rentenreform, Kapitalflucht, *Dollarization* oder Globalisierung sind nur einige Beispiele dafür, wie Ökonomen, Politiker und Medien versucht haben, das internationale Finanzgefüge zu verstehen und ihre Erkenntnisse zu kommunizieren (Naim 1999: 5).

Politisch erlebte die Welt Anfang der neunziger Jahre den Zusammenbruch der Sowjetunion und den Beginn der politischen und wirtschaftlichen Transformation der ehemaligen sozialistischen Staaten. Gleichzeitig strebte Westeuropa nach einer stärkeren wirtschaftlichen und politischen Union und trug seinerseits dazu bei, den Charakter des weltwirtschaftlichen Systems zu verändern. Die USA profitierten in den neunziger Jahren von einem fast ungebremsen wirtschaftlichen Wachstum und fanden sich mit dem Ende des Kalten Krieges als die einzige verbleibende Weltmacht wieder.

Author: Friederike Hesse, Stormy Mildner
Aktualisiert: 21. January 2003

© 2000-2003 Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. Alle Rechte vorbehalten.

6.3 Good Governance ¹⁵

"Good Governance is perhaps the single most important factor in eradicating poverty and promoting development"
UN-Generalsekretär Kofi Annan

6.3.1 Zusammenfassung

Good Governance im Sinne von guten politischen Rahmenbedingungen, Rechtsstaatlichkeit und einem verantwortungsvollen Umgang des Staates mit politischer Macht und öffentlichen Ressourcen ist eine wichtige Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und die Bekämpfung der Armut. Diese Erkenntnis hat sich international durchgesetzt. Spätestens seit den Ereignissen des 11. Septembers 2001 ist klar geworden, dass Good Governance auch für die weltweite Sicherheit und den Frieden von Bedeutung ist.

Die deutsche EZ leistet sowohl in den Kooperationsländern als auch im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit und der EU einen Beitrag zur Förderung von Good Governance in den Entwicklungsländern. Eine realistische Perspektive für unsere Arbeit besteht darin, die eigenen Reformprozesse der Entwicklungsländer zu begleiten, und durch machbare, auf die lokalen Verhältnisse zugeschnittene Angebote zu unterstützen, um zumindest bescheidene Verbesserungen zu bewirken.

Die strategische Neuorientierung der bilateralen deutschen EZ mit ihrer regionalen und sektoralen Konzentration bietet Chancen für programmorientierte Ansätze zur Förderung von Good Governance. Der neu gebildete Schwerpunkt "Demokratie,

¹⁵ www.bmz.de/infotek/fachinformationen/spezial044

Zivilgesellschaft und öffentliche Verwaltung" wird mit mehr als 20 unserer Kooperationsländer vereinbart. Wichtige Handlungsfelder sind dabei Rechts- und Justizreformen, Dezentralisierungsvorhaben, Kommunalentwicklung und der Aufbau von leistungsfähigen Institutionen im öffentlichen Sektor (capacity building, Verwaltungsreform) sowie zunehmend auch Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption. Hinzu kommen Maßnahmen zur Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Partizipation der Zivilgesellschaft. Die Instrumenten- und Institutionenvielfalt der deutschen EZ ermöglicht den Zugang zu unterschiedlichsten Partnerstrukturen auf staatlicher und nichtstaatlicher Ebene.

Auf multilateraler Ebene haben wir gemeinsam mit gleichgesinnten Partnern erreicht, dass dem Prinzip der guten Regierungsführung in den wichtigsten internationalen Institutionen, Regelwerken und Förderprogrammen der Entwicklungszusammenarbeit ein hoher Stellenwert eingeräumt wird ? als Förderkriterium und Förderbereich. Dies betrifft vor allem die Arbeit der Europäischen Union, der multilateralen Entwicklungsbanken und der Vereinten Nationen.

Dennoch bleibt auf bilateraler und multilateraler Ebene viel zu tun. Es fehlt an ausgereiften Förderkonzepten und systematischen Auswertungen der bisherigen Erfahrungen. Die Herausforderungen für die Zukunft liegen darin, systemisch angelegte Förderkonzepte und -programme zu entwickeln. Damit einher gehen gestiegene Anforderungen an die Problemanalyse (z. B. verstärkte Einbeziehungen soziokultureller Faktoren), das Wirkungsmonitoring sowie ein verändertes, "politischeres" Beratungsverständnis und Beraterprofil. Auch die Ansprüche an die Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit der deutschen EZ-Organisationen und an die Geberkoordinierung wachsen ständig.

Die Zusammenarbeit mit reformwilligen und reformfähigen Entwicklungsländern, vor allem die Unterstützung nationaler Entwicklungspolitiken nach dem Modell der Armutsbekämpfungsstrategien (PRSP) im Konzert mit anderen Gebern, bleibt unser Hauptarbeitsfeld. Dabei werden vermehrt Möglichkeiten gemeinschaftlicher Finanzierungen mit anderen Gebern zu nutzen sein. Daneben ist es ? nach den bisherigen Erfahrungen mit der Konditionierung von EZ ? an der Zeit, eine Zwischenbilanz zum Umgang mit schwierigen Partnern und Ländern mit schlechten politischen Rahmenbedingungen (poor performers) zu ziehen.

6.4 Lateinamerika: Übersicht der Jahresdaten 1980 - 2002 ¹⁶

Jahre	Bruttoinlandsprodukt (BIP)	BIP-Veränderung (real)*	Inflation	Handelsbilanzsaldo	Devisenreserven (Jahresende)
	Mrd. US-\$	%	Veränderungsrate ggb. Vorjahr in %	Mio. US-\$	Mio. US-\$
1980	820.0	n.v.	72.7	205.0	36735.0
1981	888.0	0.2	69.9	-196.9	36392.0
1982	746.1	-1.3	103.1	10762.9	23118.0
1983	646.7	-2.6	161.9	33108.8	25420.0
1984	682.8	3.5	221.6	39971.7	37171.0
1985	678.6	2.6	211.9	34870.1	37860.0
1986	697.8	3.9	73.0	19863.8	30272.0
1987	728.1	3.2	229.2	22806.6	35466.4
1988	893.3	0.5	606.3	26902.1	28312.1
1989	914.9	0.7	1620.1	31756.5	30871.8
1990	1011.1	0.6	1136.4	32346.4	45572.6
1991	1152.8	4.3	224.0	14537.0	63113.1
1992	1277.4	3.6	463.7	-3299.8	85578.0
1993	1351.5	4.2	1013.8	-7695.4	105468.0
1994	1552.6	5.5	381.3	-12491.4	101329.0
1995	1639.2	0.2	25.9	3986.2	125740.0
1996	1777.3	3.7	17.5	6414.2	151710.0
1997	1948.2	5.6	10.3	-12924.3	165740.0
1998	1955.6	2.4	10.0	-31751.0	162628.0
1999	1723.0	0.2	8.9	-3671.4	155000.0
2000	1912.7	4.5	8.3	7700.0	162984.7
2001	1849.2	0.4	5.6	1800.0	162278.8
2002	1605.0	-0.1	11.2	27600.0	157309.5

*(zu Preisen von 1999)

© Dresdner Bank Lateinamerika, 2001

¹⁶ Economic Research Dresdner Bank

Literaturverzeichnis

AUTOR, Vorname:	Titel. Untertitel. Auflage. In: Band. Jahr. Seite.	Ort Jahr. (url (Datum))
DREKONJA- KORNAT, Gerhard:	Lateinamerika ist noch nicht verloren. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Bd. 10.03. 1218-1228.	Bonn 2003.
DRESDNER BANK, Economic Research:	Lateinamerika Datenbank. In: Dresdner Bank Lateinamerika 2001.	www.dbla.com/03_economic_research/02_lateinamerika/datenbank (20.12.2002).
HESSE, Friederike / MILDNER, Stormy:	Washington Consensus. In: Deutsche Gesellschaft für Äuswärtige Politik.	www.weltpolitik.net/sachgebiete/wirtschaft (20.12.2003).
MERCOSUR.	MERCOSUR. In:Zentralstelle für Mercosur- Angelegenheiten.	www.mercosur-info.com/al/geschichte (20.12.2002).